

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

18 (22.1.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Ingeheft monatl. 76 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftskunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postbeholdung Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 P. Postanfertigung billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Co., Karlsruhe.

Denn nicht!

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Hinter verschlossenen Türen hat die Fortschrittliche Volkspartei am Montag in Berlin ihren Preuentag abgehalten. Der Schmerz war kurz. Nach einem Referat Biemers über „Unsere Forderungen an den preussischen Landtag“ und einer von Fischbed eingeleiteten Debatte über die Taktik im Wahlkampf war schon in den frühen Nachmittagsstunden eine Resolution einstimmig angenommen, die so aussieht:

Der preussische Delegiertentag der Fortschrittlichen Volkspartei spricht sich für ein möglichst einmütiges Zusammengehen der Liberalen bei den bevorstehenden Landtagswahlen aus. Er billigt die bisher in dieser Richtung getroffenen Abmachungen mit der national-liberalen Partei und erachtet die Parteileitung, auch weiterhin im Einvernehmen mit den Bezirks- und Wahlkreisorganisationen auf eine gleiche Verständigung, wenn möglich vielen anderen Wahlkreisen hinzuwirken. Der Delegiertentag fordert die Parteigenossen auf, unerbittlich in die Wahlbewegung einzutreten und die Nützlich für den Wahlkampf mit allem Nachdruck zu betreiben. Soweit maßhaltige Abmachungen mit den Nationalliberalen oder besondere Vereinbarungen der deutschen Parteien in gemeinschaftlichen Landstellen nicht getroffen sind, werden die Parteigenossen ersucht, selbstständig die Wahlarbeit aufzunehmen und energisch auf die Wahl fortschrittlicher Wahlmänner und fortschrittlicher Abgeordneter hinzuwirken.

Diese Resolution enthält nichts über die wichtigen Fragen, die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert worden sind. Sie bringt zunächst keine Aufklärung über das Verhalten der Fortschrittler gegenüber der Sozialdemokratie, soweit nicht schon in der Festlegung auf das Bündnis mit den Nationalliberalen eine Bindung gegen die Sozialdemokratie gegeben ist. Sie enthält nichts von einem wahltaktischen Zusammengehen der Anhänger des gleichen Rechts und kann davon nichts enthalten, da ja eine Verständigung mit den Gegnern des gleichen Rechts, den Nationalliberalen in möglichst vielen Wahlkreisen angestrebt wird. Selbst die dürtige Parole „Front gegen rechts!“ findet in ihr keinen Widerhall. „Keine Stimme den Schwarzblauen!“ — auch das konnte nicht gesagt werden, weil ja für die gemeinschaftspragmatischen Bandesteile besondere Vereinbarungen der deutschen Parteien vorgeesehen sind. Das einzige was noch fehlt, ist ein direktes Verbot, Vereinbarungen nach links zu treffen, das ist nicht ausgesprochen worden, offenbar, weil man ja doch nicht weiß, welche Notwendigkeiten sich aus dem Ausfall der Urwahlen ergeben könnten.

Diesen Winkel im Drudenfuß, den die Resolution ein wenig offen läßt, hat Herr Fischbed in seinem Referat noch völlig zu schließen versucht, indem er so tat, als ob das Verhalten der Sozialdemokratie es wäre, das der Fortschrittlichen Volkspartei ein wahltaktisches Einbernehmen mit der äußersten Linken unmöglich machte. Von „Zunehmungen“ war da die Rede, von „Selbstachtung“ und natürlich dürfte das mit Recht so beliebte „kandinische Joch“ auch nicht fehlen, durch das die sozialdemokratische Resolution die armen Fortschrittler hindurchzwängen wolle. Sogar schriftlich sollten sich die Kandidaten, die von der Sozialdemokratie unterstützt sein wollen, zu einer bestimmten Taktik im Parlament verpflichten! Als ob es nicht das gute, selbstverständliche Recht der Wahlmänner wäre, von Kandidaten, denen sie ihre Stimmen geben sollen, bestimmte Garantien in Bezug auf ihr parlamentarisches Verhalten zu verlangen! Oder als ob solche Garantien überflüssig wären von einer Partei, die mit den Gegnern des gleichen Wahlrechts die weitestgehenden Abmachungen trifft und mit Abicht und Vorbedacht die Grenzen gegen sie verwickelt!

Die Resolution ist, wie gesagt, einstimmig angenommen worden. Von den einen wegen der Auslegung, die ihr Fischbed gab, von den andern trotz ihrer, von den einen, weil sie es nicht erwarten können, den Friedberg und Schiffer in die Pruderarme zu sinken, von den andern, weil sie denken, daß eine Resolution eine Resolution ist und daß Zeit Rat bringt. Wir glauben aber, daß die Zeit vergehen und der Rat ausbleiben wird. Und wenn nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen.

Herr Fischbed sprach von den Versuchen der Sozialdemokratie, auf die Fortschrittspartei bei der Aufstellung der Wahlmannskandidaten „erzieherisch“ zu wirken. Nun, warum sollte man leugnen, daß solche Erziehungsversuche gemacht worden sind. Die Menschen erziehen einander gegenseitig, und in gewissem Sinn gilt das auch von den Parteien. Herr Fischbed z. B. repräsentiert sich als Reinerzeugnis der „Erziehungsarbeit“, die von den Nummern an den Fortschrittler vollzogen worden ist, er hat mit hoher Auszeichnung die Hochschule des Bülowbunds absolviert. Die Nationalliberalen erziehen die Fortschrittler, indem sie sich von ihnen — wie Herr v. Schenkendorf in Görzits ausplauderte — in die Hand verpacken lassen, daß sie den bösen Sozialdemokraten keine Stimme geben würden! Vielleicht ist auch das ein kandinisches Joch? Nein, es ist nur die Grenzporze zur bürgerlichen Gesellschaft, durch die Herr Fischbed mit Wohlgefallen schreitet.

Also das soll nicht bestritten werden, daß die Sozialdemokratie wiederholt und dauernd Versuche gemacht hat, die Fortschrittspartei auf einer bürgerlichen Reformpartei

zu „erziehen“, wie man sie in andern Ländern schlecht und recht — aber meistens mehr schlecht als recht — vorzuführen pflegt. Diese Arbeit hat selten zu positiven Erfolgen geführt, war aber niemals unnützlich, weil sie durch praktischen Anschauungsunterricht im Experiment, zeigte, daß der Freisinn eben nicht aus seiner Haut kann. Eine neue Rechtschwendung der Fortschrittspartei just in dem Moment, der im Kampfe gegen rechts die höchste Anspannung aller Kräfte fordert, würde keinen Sozialdemokraten überfallen. Die Sozialdemokratie hat dem Fortschritt den Weg gezeigt, den er gehen mußte, wenn es ihm um die Anerkennung des gleichen Rechts im politischen Leben Preußen-Deutschlands einigermassen ernst wäre. Weigert er sich, ihn zu betreten, so lohnt es sich nicht, die hohen Deklamationen des Herrn Fischbed mit gleicher Gedrauhtheit zu erwidern. Man mag nur achselzuckend auf gut berlinerisch sagen: „Na, wenn nicht, denn nicht!“

Unter Brüdern.

Das Eingehen der der Kölner Richtung im Zentrum feindlichen „Correspondence de Rome“ benutzte die antiböhmische „Kölner Korrespondenz“, um wieder einmal allerlei interessante Mitteilungen über die Brüderlichkeit im katholischen Lager zu machen. Sie erinnert daran, daß die „Correspondence“ die Umtriebe des deutschen modernistischen Geheimbundes der „Kultur- und Antikinderga“ enthüllt habe.

Es gibt nun nichts, das den „Kölnern“ so peinlich wäre, als die Wahrheit über ihr eigenes Wollen und Tun. Darum injizieren sie einen wahren Hegenabbat gegen die „Corr. de Rome“. Da man dem römischen Organ... mit Gründen nicht beizukommen vermochte, und auch die üblichen Wädhchen der „Kölnischen Volkszeitung“ nicht ausreichten, so wandte man sich zuerst an Mitglieder des Episcopats, die natürlich nicht reagierten. Kurz darauf wurde man in Rom vorstellig. Das war gerade die richtige Adresse! Man zog schließlich die Pöbel wieder ein und vertraute auf die Mittel der Selbsthilfe. Diese Mittel bestehen bei den Kölnern vornehmlich in Lügen und Verleumdungen. Es ist unsagbar, was gegen die „Corr. de Rome“ alles zusammengelogen wurde. Die „Kölner“, die in Ermangelung sachlicher Gründe auf die persönliche Kampfweise schlechterdings angewiesen sind, haben sich nicht geschämt, die niedrigsten persönlichen Angriffe gegen den Herausgeber der „Corr. de Rome“ zu schleudern. Unter Vorantritt der „Angsbuben Korrespondenz“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ haben sie ihn sogar beschuldigt, im Dienst der Loge zu stehen und die Interessen des Vatikan an Rußland verraten zu haben. Erst als der Vatikan selbst für die Ehre des mit Not demontierten hochangesehenen Kurienpräsidenten offiziell eintrat, nahm die Infamie ein Ende. Diese Gemeinheit sondergleichen bildet eines der schmutzigsten Blätter in der Geschichte des Streites um die Kölner Richtung.

Jetzt blieb den Kölnern nur noch ein Weg: der diplomatische, auf dem sie schon so manches gegen den Vatikan erreicht haben. Die Geschichte wird diese Machinationen wohl einmal aufdecken; wir können es nicht, aus berechtigten Gründen. Aber das eine können wir sagen, daß der erhoffte Erfolg ausblieb...

Wir können uns zu den Differenzen im kirchlichen Lager wirklich nur beglückwünschen, denn auf diese Weise wird die Öffentlichkeit aus einwandfreier Quelle, nämlich von den Schwarzen selbst, darüber unterrichtet, wie die christliche Nächstenliebe der Frommen in der Praxis aussieht.

Eine Gewissensepistel

richtet der frühere fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Potthoff im „Berliner Tagblatt“ an seine Parteigenossen. Er schreibt:

Die Schicksalsfrage, die diesmal noch schärfer als je zuvor an den Liberalismus herantritt, ist die, ob er bereit ist, auch mit der Sozialdemokratie zusammenzuwirken. Wer das gute Wahlrecht ernsthaft will, nicht als „Ideal“, sondern als eine Forderung des Tages, die möglichst morgen zu verwirklichen ist, der muß auch diesen Weg wagen. Denn es gibt keinen anderen. Nur Karren oder Ankerlische können uns glauben machen wollen, daß im nächsten Jahrzehnt das liberale Bürgerturn ohne die sozialdemokratische Arbeiterschaft ein gutes Wahlrecht erringen kann.

Die Sozialdemokratie hat ihre Fisse angeboten, an Bedingungen geknüpft und leider durch eine bürokratische Verordnung deren Erfüllung erschwert. Denn worauf es sachlich der äußersten Linken nur ankommen kann, ist, daß der liberale Kontrahent Bürgerchaften in der Wahlrechtsfrage und Gegenseitigkeit der Wahlhilfe bietet. Das sind zwei klare, berechtigte Forderungen; und der sozialdemokratische Preuentag vom 6. Januar läßt trotz der einstimmigen Annahme der vielklauseligen Vorstandsresolution die Erwartung berechtigt erscheinen, daß die Praxis sich an den beiden einfachen, allein wertvollen Bedingungen genügen lassen wird. Das Schlußwort des Referenten: Der Breslauer Fesler, einen Gottesdien durchfallen zu lassen, dürfte nicht wieder vorkommen, wogt mehr als radikale Redensarten. Und die letzten Welsfelder Wanktagwahlen zeigen, wie verständlich die Sozialdemokratie sein kann — wenn man ihr derständig und ehlich entgegentritt. Das zu tun, ist die Hauptaufgabe des 20. Jahrhunderts. Es muß auf die Resolution vom 6. eine Antwort erfolgen, so bindig und eindeutig daß weder die Freunde im Lande, noch die Nachbarn zur Rechten und Linken, noch die Gegner und die Regierung im Zweifel darüber sein können, daß die Fortschrittspartei

alles tun will, was dem erstrebten Ziele näherführt kann.

Das wird das Zusammengehen mit den Nationalliberalen erschweren? — Vielleicht, obgleich ich glauben möchte, daß es nur dort einen bequemen Vorwand zum Abmarsch nach rechts geben wird, wo man sonst einen anderen Vorwand benutzen würde. Aber wenn schon — das kann die Ausichten nicht wesentlich verschlechtern, weil sie so schon schlecht sind. Es braucht auch gar kein feierliches Wahlbündnis geschlossen zu werden. Es genügt, wenn in denjenigen Wahlkreisen, in denen die Aussicht besteht, daß durch ein Zusammengehen der Linken dem Zentrum oder den Konservativen ein Mandat entzogen werden kann, die fortschrittlichen Wähler unbedingt in den Stichwahlen der Wahlmänner den Woten gegen den Schwarzen oder Blauen wählen. Und daß dort, wo mehrere Mandate in Frage kommen, die Wahlmänner unbedingt für einen Liberalen und einen Sozialdemokraten stimmen, ob sie die Säge an die Reaktion fallen lassen. Wenn die Nationalliberalen sich nicht zu gleichem Vorgehen oder wenigstens zur Stimmenthaltung entschließen können, um so schlimmer für sie. Aber soweit darf die Rücksicht auf die Nachbarn beim Fortschritt nicht gehen, daß darüber das Kleinwendigste ungetan bleibt. ... Deswegen muß die Antwort des Preuentages, die für das politische Schicksal des führenden Bundesstaates von größter Bedeutung sein kann, lauten: Die preussische Fortschrittspartei ist entschlossen, alles zu tun was zur Erzielung eines guten Wahlrechts dienen kann. Sie fordert alle Liberalen im Lande auf, so zu handeln und auch ein Partieren mit der äußersten Linken nicht zu scheuen. Sie beauftragt die Parteiführer, alle dazu nötigen Schritte rechtzeitig und mit rücksichtsloser Energie zu tun.

Der Preuentag der Fortschrittler hat leider die Hoffnungen, die Herr Potthoff hier ausdrückt, nicht erfüllt.

Die geistliche Autorität und die Gewerkschaftsbewegung.

Das Auftreten des Bischofs Korum in Trier gegen die Arbeiter im Saarrevier hat in den Kreisen der christlichen Gewerksvereiner begreifliche Mißstimmung erregt. Zwar ist man längst nicht mehr so kühn wie in alten Tagen, da man den arbeiterfeindlichen Kirchenfürsten das Wort entgegenrief: „Bis hieher, hochwürdige Herren Bischöfe, und nicht weiter!“ Trotzdem hält es der christliche Bergknappe für angezeigt, in vorfichtig abgemessenen Worten sein Mißfallen an der Haltung des Herrn Korum zu bezeugen. Der Bergknappe hält es nicht für gut, wenn die Bischöfe versuchen, auf wirtschaftliche Fragen einen bestimmenden Einfluß auszuüben, und begründet seine Auffassung wie folgt:

„Erstens nicht, weil ihnen ja die Frage gestellt werden kann, warum sie sonst nicht öffentlich für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eingetreten sind und warum sie sich nur melden, wenn die Arbeiter selbst ihre Lage verbessern wollen. Ist es Aufgabe der Bischöfe, auch in den wirtschaftlichen Fragen mitzureden, dann kann man von ihnen verlangen, daß sie sich in erster Linie der Vermittlung annehmen und energisch einschreiten, wenn diesen nicht das gegeben wird, was ihnen gegeben werden kann. Im anderen Falle sollten sie sich überhaupt aus den wirtschaftlichen Kämpfen heraushalten.“

Zweitens wäre das auch zu empfehlen, weil das Eingreifen in der Weise, wie es jetzt geschehen ist, den Gang der Dinge doch nicht beeinflusst und nur der Autorität des Bischofs und dem Ansehen der Kirche weiter Abbruch tut. Die Bischöfe können nicht verlangen, als Autorität in den wirtschaftlichen Berufspragen der Bergleute angesehen zu werden, und werden auch nicht als solche angesehen.“

Das christliche Blatt fährt dann weiter fort:

„Durch die Haltung des Bischofs von Trier ist aber für viele Arbeiter wieder mal der Schein erweckt, als wenn die Kirche und deren Diener Gegner der wirtschaftlichen Verbesserung und der wirtschaftlichen Freiheit der Arbeiter und Verbündeten des Kapitals seien. Dieser Schein aber ist für die Kirche und deren Aufgaben recht gefährlich und hat zur Folge, daß der Unglaube sonst nicht mögliche Fortschritte macht. Auch im Interesse der Kirche und mit Rücksicht auf die heute so sehr umstrittenen Seelen sollen deshalb die Kirchenfürsten etwas mehr Zurückhaltung üben, als es in diesem Fall geschehen.“

Diese bescheidenen und vorfichtigen Äußerungen haben den schärfsten Horn der „Germania“, des Berliner Zentrumsblattes, erregt. Sie schreibt:

„Wie weit sind wir denn schon gekommen, wenn solches möglich ist, wenn in einem als „christlich“ sich bezeichnenden Arbeiterorgan die bischöfliche Autorität in einer Weise untergraben, ja geradezu verhöhnt werden kann, wie es schimmer kaum in sozialdemokratischen Blättern geschieht?! Ein solches Unterfangen muß in der schärfsten Weise zurückgewiesen werden. Das sind höchst bedenkliche Zeichen einer Entwicklung, über deren Ziel und Ende Zweifel kaum noch bestehen können und die die aufmerksamste Beachtung aller berechtigten Faktoren erfordert — nicht zuletzt auch im Interesse der berechtigten Arbeiterfrage, die sonst Gefahr läuft, die Sympathien und die Förderung, die sie bisher in den übrigen katholischen Kreisen gefunden hat, zu verlieren. Viderant consules!“

Also weil das christliche Gewerksvereinsblatt gegen die arbeiterfeindliche Haltung eines Bischofs Bedenken zu äußern mag, droht ein führendes Zentrumsblatt der Arbeiterfrage mit dem Verlust der Sympathien, die sie bisher angeblich in den übrigen katholischen Kreisen gefunden haben soll! Die Arbeiter werden nur so lange „gefördert“, als sie artig und folgjam bleiben, anderenfalls wird ihren Bestrebungen nach Verbesserung ihrer Lage alle Berechtigung aberkannt.

Deutsche Politik.

Die Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft. Der deutsche Landwirtschaftsrat wird vom 11. bis 14. Februar im Sitzungssaal des preussischen Herrenhauses tagen.

Auch noch eine neue Flottenvorlage! Die neue Seeresvorlage befindet sich noch in der Dunkelkammer der Reichsregierung, und schon werden die Fühler für eine neue Marinevorlage ausgebreitet.

In Preisen, die über die Absichten der Reichsmarineverwaltung besonders unterrichtet sind, rechnet man seit einiger Zeit damit, daß die Reichsmarineverwaltung unter gewissen Umständen dazu gelangen könnte, dem Reichstoge gleichzeitig mit der neuen Seeresvorlage auch einige Wünsche der Reichsmarineverwaltung zu unterbreiten.

Nebenbei wird auch noch die Erhöhung des Mannschaffstandes verlangt. Man wird nicht fehlgehen bei der Annahme, daß bei dieser Meldung nicht nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

Breslauer Klassenjustiz. Zu sechs Monaten Gefängnis wurde in Breslau am Samstag ein organisierter Fabrikarbeiter verurteilt, weil er durch grobe Redensarten einen Unorganisierten zum Verlassen der Arbeit veranlaßt haben soll.

Ausland.

Statten.

Ein Streit der Priester in Sicht? Der „Abanti“ erfährt aus Bologna, daß etwa 400 Priester der dortigen Diözese, die wirtschaftlich in bedrängter Lage leben, dem Erzbischof ein Memorandum überreicht haben.

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant. Von E. Dewitt.

(Fortsetzung.)

Seine Lordschafft hatte es sich auf seinem Armstuhle bequem gemacht und schien angestrengt über ein großes Problem nachzudenken.

Mittlerweile beschäftigte sich seine Gattin mit dem Inhalt einer schabigen, alten Brieftasche und warf von Zeit zu Zeit einen ungeduldigen Blick auf Harry Goslett, um zu sehen, ob dieser träge junge Mann noch immer nicht mit seinem Frühstück fertig sei.

Endlich wurde Harry mit dem Frühstück fertig und begann, ohne die Alarmsignale der erregten kleinen Frau zu beachten, mit ihrem Gatten über allerhand gleichgültige Dinge zu sprechen.

Lady Davenant konnte ihre Gefühle nicht länger unterdrücken und sprang erregt von ihrem Sitze auf.

„Junger Mann,“ rief sie ihm zürnend zu, „es scheint, daß Sie nicht wissen, wie Sie unsern lieben Herrgott die Zeit totschlagen sollen. Aber während Sie müßig herumlungern, haben wir etwas zu tun, und dies hier ist unser Arbeitszimmer.“

„Berzeihung, Lady Davenant —“

„Junger Mann, nun ist's wirklich genug.“

Und sie deutete gebieterisch nach der Tür.

Als sich das edle Paar allein im Besitze des Zimmers fand, verriet seine Lordschafft gewisse Zeichen des Unbehagens. Er rückte nervös in seinem Stuhle hin und her, ohne den ängstlichen Blick von seiner Gattin zu wenden.

„Ich bin Lord Davenant.“ Alles weitere ergibt sich aus diesen Schriftstücken.“

„Mara Martha,“ entgegnete ihr Gatte, „ja, ich werde den Beweis führen, daß ich in der Tat der rechtmäßige Lord Davenant bin.“

China.

Die Sechsmächtegruppe hat eine Note übergeben, worin der Finanzminister davon in Kenntnis gesetzt wird, daß die Gruppe bereit sei, den Anleihevertrag zu unterzeichnen, daß es aber wegen der Geldverknappung in Europa unmöglich sei, unverzüglich in eine Verpflichtung einzutreten.

Badische Politik.

Zur Frage des Großblocks im ersten Wahlgang schreibt die fortschrittliche „Neue Badische Landeszeitung“ in einer Erwiderung auf einen diesbezüglichen Artikel der „Volksstimme“:

Wir sehen die Bildung eines Großblocks bei den nächsten Wahlen als etwas Selbstverständliches an, das zu tun die einfachste politische Klugheit gebietet, und wir sind uns der Zustimmung unserer Wähler zu diesem Schritte so sicher, daß wir es für unnötig und zwecklos halten.

Die Fortschrittler sind für den Großblock nicht um dieses Wahlgebilde zu befechtigen und zu erhalten, sondern einzig und allein deshalb, weil nur durch eine fest zusammengefügte Kampfgemeinschaft die Mehrheit zu erreichen ist, welche den Einfluß bekommt, ein nach jeder Hinsicht gerechtes und wirksames Proporzwahlgesetz zu schaffen.

Wir haben bereits der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Proporzvorstellungen darüber, ob der Großblock schon für den ersten Wahlgang gebildet werden soll, besser unterbleiben, denn diese Frage muß mit aller Ruhe, Ueberlegung und ohne jede parteipolitischen Nebenabsichten geprüft und erwoogen werden.

Wir haben bereits der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Proporzvorstellungen darüber, ob der Großblock schon für den ersten Wahlgang gebildet werden soll, besser unterbleiben, denn diese Frage muß mit aller Ruhe, Ueberlegung und ohne jede parteipolitischen Nebenabsichten geprüft und erwoogen werden.

Wir haben bereits der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Proporzvorstellungen darüber, ob der Großblock schon für den ersten Wahlgang gebildet werden soll, besser unterbleiben, denn diese Frage muß mit aller Ruhe, Ueberlegung und ohne jede parteipolitischen Nebenabsichten geprüft und erwoogen werden.

Wir haben bereits der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Proporzvorstellungen darüber, ob der Großblock schon für den ersten Wahlgang gebildet werden soll, besser unterbleiben, denn diese Frage muß mit aller Ruhe, Ueberlegung und ohne jede parteipolitischen Nebenabsichten geprüft und erwoogen werden.

Wir haben bereits der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Proporzvorstellungen darüber, ob der Großblock schon für den ersten Wahlgang gebildet werden soll, besser unterbleiben, denn diese Frage muß mit aller Ruhe, Ueberlegung und ohne jede parteipolitischen Nebenabsichten geprüft und erwoogen werden.

an ihm und seiner Taktik irre werden, wenn sie aus politischen Gründen für einen andern als einen Zentrumslandkandidaten stimmen müssen. Das alles müssen die Gegner des Zentrums in Rechnung stellen, wenn sie nicht falsche Kalkulationen wagen. Noch ist es Zeit, die Pläne Waders zu durchkreuzen.

Ein ganz kleiner Fortschritt.

Gegenüber Arbeitern der Eisenbahnverwaltung, die einem Arbeiterausschuß als Mitglied oder Ersatzmann angehören oder mindestens zehn Jahre ununterbrochen im Dienste der Eisenbahnverwaltung stehen, ist künftighin, wie die „Karlsruher Zeitung“ halbamtlich mitteilt, die verwaltungsseitige Auflösung des Dienstverhältnisses durch Entlassung oder Kündigung, die von den zustehenden Ortsvorständen ausgesprochen wird, nur mit Genehmigung der Generaldirektion zulässig.

Die Städte haben schon lange die Bestimmung getroffen, daß Arbeitern, die 10 Jahre in städtischen Diensten stehen, nur mit Zustimmung des Stadtrats gekündigt werden kann.

Zur Frage des Geburtenrückgangs in Baden.

Von den 30 Städten bzw. Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern haben sämtliche mit Ausnahme von Baden-Baden, wo sich im Jahr 1911 die Geborenenzahl gegenüber derjenigen von 1908 um 37, d. h. 7,3 Prozent vermehrt hat, eine Abnahme zu verzeichnen. Am stärksten ist diese in der Stadt Durlach mit 28,0 Prozent, dann folgen die Stadt Ettlingen mit 27,5 Prozent, Pforzheim mit 20 Prozent.

Deutlicher wird das Bild des Geburtenrückgangs, wenn die Zahl der Geborenen ins Verhältnis zur Bevölkerung gesetzt wird. Die Höchstzahl mit 41,7 auf 1000 Einwohnern im ganzen Lande entfällt dann auf das Jahr 1875; von da ab sinkt der Promillezahl langsam aber ständig auf 32,1 im Jahr 1890, steigt dann wieder und erreicht im Jahr 1901 eine zweite Höchstgrenze mit 36,1.

Im Zeitraum der Jahre 1902/11 ist ein Rückgang der Geborenen auf 1000 Einwohner in sämtlichen Amtsbezirken zu beobachten. Im Jahr 1901 hatten noch 9 Amtsbezirke, im Jahr 1906 nur noch 5 eine Geburtenziffer von 40 Prozent und mehr, im Berichtsjahr 1911 war kein einziger Amtsbezirk mit einer gleich hohen Verhältniszahl vorhanden.

Studium er sich vertiefte, worauf sie hinausschritt. Raum fand sich jedoch der edle Lord in dem Zimmer allein, als er den Lehnstuhl wieder vom Tische abrückte, einen zweiten Stuhl heranzog, seine Beine auf diesen legte, ein rothbeiniges Taschentuch über sein Gesicht breitete und die Hände auf der Brust faltete.

Nur eine Schneiderin.

Garry Goslett kehrte an diesem Abend niedergeschlagen nach der Pension Bernalad zurück. Er hatte den Tag benutzt, um einige Vettern zu besuchen, deren Bekanntschaft er machen wollte, aber überall eine überaus frostige Aufnahme gefunden. Es fiel ihnen schwer, sich mit dem so plötzlich aufgetauchten Verwandten zu befreunden, der so ganz anders sprach als sie und dessen Manieren ihnen noch unverständlich als selbst seine Worte erschienen.

Er weilt jetzt seit drei Wochen unter seinen Verwandten, denen er eine gute Portion Neugierde, aber wenig Begeisterung entgegengebracht hatte. An Stelle des anfänglichen Interesses begann er sich bald zu langweilen, obwohl mit Unrecht, da er weiter nichts als die Außenwelt des ihm so fremden Lebens sah. Zu seinen Verwandten gehörte ein Onkel, namens Benjamin Bunker, den zu studieren ihm viel Vergnügen gewesen wäre.

Sie reichte ihm eine Anzahl Dokumente, in deren

Jahr 1901 (28,5) entfiel auf den Bezirk St. Blasien; im Jahr 1911 betrug sie 20,7, und zwar im Bezirk Mühlheim. Am stärksten ist der Rückgang im nördlichen Teile Badens; so ist die Geburtenziffer im Bezirk Schwetzingen, wie schon oben erwähnt, von 54,8 im Jahre 1901 auf 39,7 im Jahre 1911, also um 15,1 im Bezirk Mannheim von 46,6 auf 31,7, also um 14,9, in Durlach von 44,9 auf 31,7, also um 13,2, in Weinheim von 41 auf 30,1, also um 11,7 vom Tausend gesunken. Bemerkenswert ist auch noch der Rückgang in den Amtsbezirken Billingen mit 9,5, Lössach mit 9,2, Breisach mit 8,8, Erberg mit 8,5, Eberbach mit 8,3, Oberkirch mit 8,0 auf Tausend der Bevölkerung.

1. Verbandstag des deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

kr. Jena, 17. Januar.

5. Verhandlungstag.
(Mittwoch.)

Der Bericht der Statutenberatungskommission

erstattet Merkel-Nürnberg. Die Kommission, der ja nur wenig Zeit für die Beratung zur Verfügung stand, hat aus diesem Grunde in das alte Statut nur die Änderungen hineingearbeitet, die sie für jetzt vorzunehmen als absolut notwendig hält. Sie hat sich auf die hauptsächlichsten Punkte beschränkt und eine ganze Reihe Anträge zurückgewiesen. So soll nur ein „Notgesetz“ geschaffen werden. Die Kommission wird — wenn der Verbandstag zustimmt — vor einer der ferneren Tagungen des Verbandstages in diesem Jahr wieder zusammenzutreten und diesem Verbandstage weitere Vorschläge zur Neubildung des Statuts machen.

Bei den Bestimmungen über die Gliederung des Verbandes wurde Vorschläge des Vorstandes Rechnung getragen, die der Erweiterung des Verbandes entsprechen. Zu dem kritischen Punkt über die Reorganisation der Gewerkschaften schlägt die Kommission vor, die alten Bestimmungen zu belassen und nur für Gewerkschaften Bezirksausführer (der Vorstand schlägt „Bezirksrat“ vor) und für Gewerkschaften Bezirksleiter zu setzen. Kaeplow brachte den Antrag des Vorstandes, die Gewerkschaften zu nennen, erneut ein. Es entspann sich über diese Frage nochmals eine Debatte, die damit endete, daß die Bezeichnung „Bezirksleiter“ mit 196 gegen 174 Stimmen festgelegt wurde. Ohne Widerspruch stimmte der Verbandstag dem Antrag der Kommission zu, die besondere Klassenführung bei der Bezirksleitung entsprechend dem Vorschlag des Vorstandes aufzuheben.

Die Beitragsfrage rief ebenfalls eine nochmalige Diskussion hervor. Der Kommissionsvorschlag ging dahin, die bisherigen 12 in 6 Beitragsklassen zusammenzufassen. Die Beiträge sollen einschließlich des Anteils der Lokalfasse betragen:

Beitragsklasse	Bei Stundenlöhnen	Beitrag	Ortsanteil
1	bis einschließlich 35 Pfg.	40 Pfg. pro Woche	8 Pfg.
2	über 35 bis einschließlich 45 Pfg.	50	10
3	„ „ „ 55	60	12
4	„ „ „ 65	70	14
5	„ „ „ 75	80	16
6	„ „ „ 90	90	18

Mit Zustimmung des Bezirksausführers und der Zweigvereine kann für eine Spezialklasse auf deren Antrag eine höhere Beitragsklasse eingerichtet werden, die auch eine höhere Unterstützung nach sich zieht. In der Debatte wurde für die Beibehaltung der alten Beiträge plädiert, bis über die Frage der Arbeitslosenunterstützung entschieden sei. Der Kommissionsberichterstatter betonte, die Kommission habe die Einrichtung der 6 Beitragsklassen aus grundsätzlichen Erwägungen beschlossen. In der Generaldebatte sei diese Neumietteilung mehrfach bestritten worden. Es werden freilich in einigen Orten Beitrags-erhöhungen eintreten. Dagegen sollen die Kollegen, die in eine höhere Beitragsklasse eintreten, auch sofort in eine höhere Unterstützungsstufe eintreten.

Der Verbandstag stimmte den Kommissionsvorschlägen zu. Beschlössen wurde ferner, daß eine Beitragsermäßigung nicht eintreten darf.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

kr. Jena, 18. Januar.

6. Verhandlungstag.

Die Statutenberatung wird bei den Bestimmungen über die Reorganisation fortgesetzt. Die Kommission

zwei ganz entgegengesetzten Lebensanschauungen ergeben hatten, sich aber für einen freundschaftlichen Verkehr wenig eigneten. Die Gänge der Pension trugen fortgesetzt zu keiner Erbeiterung bei, wobei es ihm nicht entging, daß sie ihn insgeheim alle ein wenig fürchteten. Als er an jenem Abend bald nach neun Uhr in das Haus zurückkehrte, sah er sich so elend und niedergedrückt, wie noch nie zuvor in seinem Leben. Die Tröstlichkeit des Ezgimmers mit seiner kläglichen Beleuchtung und seiner schüchternen Ausstattung war wenig angetan, ihn weiter zu stimmen, doch fiel ihm gleich beim Eintritt eine gewisse Veränderung auf.

Die Pensionäre sahen zwar wie gewöhnlich an dem Tisch, von dem die Reinende entfernt war. Herr Maliphant hatte seine Pfeife in eine Ecke seines Mundes geschoben, aber sie war ausgegangen und man sah seiner Haltung an, daß sie steif und gezwungen war. Herr Josephus Coppin nahm die Zimmerede ein, in der er sich abends immer zurückziehen pflegte, um nur niemanden im Wege zu stehen, und hielt seine Pfeife in der Hand, die aber gleichfalls nicht angezündet war. Vor Daniel Fagg lag aufgeschlagen seine hebräische Bibel, daneben sein Wörterbuch und ein Exemplar der autorisierten Bibelübersetzung, die er nur benutzte, wie er erklärte, um Vergleiche mit den Ergebnissen seiner eigenen Forschungen anzustellen. In diesem Abend jedoch hatte er sich nicht über die Seiten der Bibel gebeugt, sondern saß, den Kopf auf die Hand gestützt, unbeweglich und starrte vor sich hin. Die Dame, des Hauses, Frau Vornalad, hatte ihr bestes schwarzes Seidenkleid angelegt und vor ihr auf dem Tische standen vier Flaschen, mit Rum, Genever und Cognak und daneben Krüge mit heißem und kaltem Wasser, Teller mit Zitronenscheiben und Pfeffer, wie es der gute Ton verlangt. Der Vertreter des Oberhauses, ein geschworener Feind aller starken Getränke, saß würdevoll in seinem Armstuhl neben dem Kamin, und ihm gegenüber, stolz und aufrecht im Bewußtsein ihres Titels, seine Gattin, die baumtollene Halbhandschuhe über ihre kleinen Händen und magere Arme gezogen hatte. Es konnte nicht weiter befremden, daß sie alle schwiegen, denn Redefähigkeit zählte nicht zu ihren Fehlern, aber es war zum mindesten auffällig, daß sie sich alle und jeder bemühten, sich nur von der besten Seite zu zeigen.

(Fortsetzung folgt.)

schlägt vor, die alten Bestimmungen in dem Sinne zu ändern, daß diese Unterstützung die (wie seither) pro Tag 1 M. beträgt, für das ganze Jahr (bisher nur im Winter) gewährt wird. Und zwar bis zu einer Höchstsumme von 25 M. nach einjähriger Mitgliedschaft, 30 M. nach zweijähriger und 35 M. nach dreijähriger Mitgliedschaft. Diese Neuregelung soll jedoch bis zur Erledigung der Arbeitslosenunterstützung nur als Provisorium gelten. Der Verbandstag beschließt in diesem Sinne.

Die Streifenunterstützung wird nach dem Vorschlag des Vorstandes neu geregelt. Die Änderungen sind aber nicht wesentlich. Die neuen Unterstützungssätze entsprechen der neuen Beitragsklasse und betragen je nach der Dauer der Mitgliedschaft und den Beitragsklassen 9—21 M. pro Woche.

Die Krankenunterstützung wird ebenfalls einer Änderung unterzogen. Sie beträgt künftig pro Tag nach einer Mitgliedschaft über

Beitragsklasse	2 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	8 Jahre
1	40	46	56	66
2	55	56	60	70
3	60	66	70	80
4	70	76	80	90
5	80	86	90	100
6	90	96	100	110

Die Unterstützung in Sterbefällen wird dem Vorstandsvorschlag entsprechend festgelegt. Sie beträgt 25 M. bis 100 M.

Anträge, die sich auf eine Neueinteilung von Gauen beziehen, werden dem Vorstand überwiefen.

Der Verbandstag beschließt dann noch, daß eine Subkommission der Statutenberatungskommission vor dem Verbandstag, der den Abschluß der Lohnbewegung bildet, erneut zusammenzutreten und dabei auch eine neue Vorlage für die Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten soll.

Damit war die Statutenberatung beendet.

Dann gab Hermann-Eisenach den Bericht der Schwerekommission. Nach ihrem Vorschlag werden einige Ausschüsse aufgehoben, andere bestätigt.

Für die Gehalts-Kommission berichtete Güttmann-Frankfurt a. M. Die Kommission sei einmütig der Meinung, daß der Bauarbeiterverband in der Gehaltsfrage gegenüber anderen Gewerkschaften nicht zurückbleiben darf. Sie schlägt vor, in einigen Punkten von der Vorstandsvorlage abzuweichen. Die Gehälter sollen betragen: für den ersten Vorsitzenden 3800 M., in den beiden nächsten Jahren steigend um je 200 M. bis zum Höchstgehalt von 4200 M.; für den Leiter des literarischen Bureau 3600 M., steigend um je 150 M. bis 3900 M.; für die übrigen Vorstandsmitglieder soll das Anfangsgehalt 3400 M. betragen, jährlich steigend um 100 M. bis zu 3600 M. Die Bezirksleiter sollen erhalten 2700 M., steigend um jährlich 100 M. bis 3400 M., die hiesigen Hilfsarbeiter im Verbandsbureau 2400 bis 3200 M. bei einer jährlichen Steigerung um ebenfalls 100 M. Für die Zweigvereinsbeamten sollen nur zwei Klassen geschaffen werden. In Orten, wo der Stundenlohn der gelernten Arbeiter unter 50 Pfg. beträgt, ein Anfangsgehalt von 2000 M. bis zu einem Endgehalt von 3800 M.; in Orten mit einem Stundenlohn von über 50 Pfg. 2400 bis 3300 M., jährlich steigend um 100 M. — Die Ferien sollen nach den Vorschlägen des Vorstandes festgelegt werden.

An diesen Bericht schlossen sich längere Erörterungen, bei denen für und gegen die Kommissionsanträge eingetreten, und diese schließlich mit überwiegender Mehrheit angenommen wurden. Die Entschädigung des Ausschußvorsitzenden erhöht der Verbandstag von 1000 M. auf 1300 M. Dem Verbandstag wird zur Entgegung überwiesen, ob es nicht möglich ist, die Gehaltsaufhöhung für die Zweigvereine entscheidenden Mehrausgaben auf die Hauptkasse zu übernehmen. Der Vorstand wird beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zu unterbreiten, die gesamten Beamtengehälter auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Bei Beratung der allgemeinen Anträge fand ein Antrag Annahme; nach dem der Verbandsvorstand Zweigvereine auf deren Antrag und nach Anhörung des Gauvorstandes das Recht einzukommen kann, Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen selbst anzuweisen und Interimsbücher selbst umzuschreiben.

Bei der Wahl des Vorstandes — dieser brennendsten Frage des Verbandstages — wird Kaeplow-Hamburg einstimmig als Vorsitzender gewählt. Das Resultat wird mit Befriedigung aufgenommen. Als Stellvertreter des Vorsitzenden werden Behrendt wieder und Winnig neu gewählt. Winnig wird zugleich Leiter der literarisch-statistischen Abteilung. Als Kassierer wird Kober wieder gewählt, ebenso die bisherigen Sekretäre. Silber Schmidt wird neu in den Vorstand gewählt, er bleibt aber in Berlin. Als Redakteur werden Gellinger-Hamburg wieder und Otto-Dortmund neu gewählt. Vorsitzender des Ausschusses bleibt Daehne-Berlin. Der Verbandstag beauftragte den Vorstand noch, auf dem Grabe Böhmers einen Gedenkstein setzen zu lassen.

Damit waren die Arbeiten dieses Verbandstages beendet.

Schlussrede

hät Verbandsvorsitzender Kaeplow, der für sich und seine Kollegen im Vorstand für die Wahl dankt. Wenn wir hier fortgehen, sagte er weiter, erwartet uns zuhause angestrengte Tätigkeit. Wir werden alle unsere Kräfte aufwenden, um die Lohnbewegung so durchzuführen, wie sie es im Interesse der Kollegen entspricht. Der Aktionsausschuss geht von hier aus direkt nach Berlin, um mit den Unternehmern zu verhandeln. Wir werden suchen, eine Bahn der friedlichen Verhandlung zu finden, wofürsichergestellt ist, daß es nicht zu diesen Verhandlungen jedenfalls nicht viel zu berichten sein, um ihren Gang nicht zu gefährden. Die Kollegen müssen aber Vertrauen zu ihren Führern haben. Sie dürfen überzeugt sein, daß diejenigen, die sie gewählt haben, ihre Pflicht voll und ganz tun, um den Interessen aller Kollegen gerecht zu werden. Die Mitglieder müssen aber auch einsehen, daß es nicht Schuld der Führer ist, wenn nicht alle unsere Wünsche erfüllt werden, daß dann andere Umstände ihrer Verwirklichung entgegenstehen.

Der Verbandstag hat uns alle stark bewegt. Schon bei seinem Beginn, als wir unseres Freundes Böhmers Gedächtnis gedachten, der eine so große Lücke im Verbande gelassen hat. Die Kollegen müssen einsehen, wenn das eine oder andere nicht in der Form geschieht wie früher, wenn die Kollegen, die jetzt mit der Leitung des Verbandes betraut wurden, andere Methoden einschlagen, wenn diese Kollegen auch einmal aneden — glauben Sie, sie haben trotzdem das Herz auf dem rechten Fleck, sie wollen das Beste für alle Kollegen, sie werden dasselbe durchsetzen wie vordem. Mit diesen Worten möchte ich Ihnen zurufen: Auf Wiedersehen auf dem Verbandstag, der sich mit der Lohnbewegung weiter zu beschäftigen hat. Sehen wir alle uns mit ganzer Kraft für die geistige und materielle Besserstellung unserer Kollegen ein, dann können uns kleine Meinungsverschiedenheiten gar nichts schaden. Tue jeder Einzelne seine Pflicht, dann sind wir dem Siege nahe. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Silber Schmidt: Der Verbandstag ist vertagt.

Schluss nachmittags 1 Uhr.

Jugendbewegung.

Interessante Geständnisse.

Die nationalliberale Partei in Heidelberg arrangierte auf 18. Ipd. Mts. einen öffentlichen Vortrag, der sehr gut besucht war und in welchem Herr Hauptlehrer Sigmond-Heidelberg über den „Kampf der Parteien um die Jugend“ sprach. Nach den spaltenlangen Berichten der Tagespresse entledigte sich der Referent an der Hand der bestehenden Jugendvereine und Bestrebungen seiner Aufgabe in objektiver Weise. Für uns interessant ist seine Stellungnahme zu den Bildungs- und Erziehungsbestrebungen der Jugend seitens unserer Partei. Der Bericht der „Heidelb. Ztg.“ bringt anerkennende Worte weiter nicht, sondern registriert einfach:

„Die Arbeiterjugend“ mit über 70000 Abonnenten. In den verschiedenen Städten finden sich gegen 160 Arbeiterjugendheime, in welchen die Jugendlichen nach Feierabend ein Heim, Unterhaltung und Belebung finden. Spiele im Freien, Wanderungen, Besuch von Sammlungen und Museen vervollständigen die Erziehung.“

Die „Neuesten Nachrichten“ verschweigen jede Stellungnahme des Referenten zu unserer Jugendarbeit und lassen Herrn Parver Schulz in der Diskussion wie folgt sich äußern: „Er wendet sich gegen die Neubegründung eines Vereins; auch nehme er keinen Anstand, anzuerkennen, daß die Arbeiter bei der Sozialdemokratie große Erfolge erzielt haben, wenn man sich auch mit dem Sinne und Geist dieser Partei nicht identifiziere.“

Nach einer diesbezüglichen Bemerkung über das jämmerliche Umgehen des Jugendparagrafen im Vereinsgesetz durch die Sozialdemokratie schreibt das „Heidelb. Tageblatt“ u. a.:

„Durch die Arbeiterjugend“, die eine Auflage von 70000 hat wird der Zweck der sozialdemokratischen Jugend-erziehung gekennzeichnet. Andererseits muß anerkannt werden, daß die Sozialdemokraten für die Jugend schon sehr viel getan haben und auch noch sehr viel tun. Zu gewisser Beziehung, besonders was die Bildung der jungen Leute anlangt, kann sie sogar für die bürgerlichen Jugendpflegevereine vorbildlich sein.“

Wir quittieren diese Anerkennung unserer Gegner, sie soll uns jedenfalls ein Anlaß sein, den Gedanken der proletarischen Jugend-erziehung noch mehr als bisher zu betätigen.

Gewerkschaftliches.

Geschickerte Tarifverhandlungen im Holzgewerbe.

Der Vorstand des Unternehmervverbandes hatte die Arbeitervertreter zum 16. Januar zur Fortsetzung der zentralen Verhandlungen nach Berlin eingeladen. Zu eigentlichen Verhandlungen kam es jedoch nicht. Die Unternehmer hatten am 8. und 4. Januar einen außerordentlichen Verbandstag abgehalten, auf dem der Vorstand und die Delegierten des Unternehmervverbandes sich aufeinander gegenseitig scharf gemacht haben. Das Ergebnis dieses Verbandstages war sicher ein umfangreiches Schriftstück, das der Vorstand des Unternehmervverbandes gleich zu Beginn der Arbeitervertreter vorlegte, als „Angebot der Arbeitgeber“. In diesem Schriftstück war für jeden Ort das Zugabemittel, das die Unternehmer zu machen bereit sind, verzeichnet. Sie wollen hiernach dreijährige Verträge abschließen, während der Holzarbeiterverband bekanntlich eine vierjährige Vertragsdauer wünscht. Weiter wollen die Unternehmer in ihrem Angebot eine Verkürzung der Arbeitszeit nur für ganz wenige Städte zugestehen, die eine ungebührlich lange Arbeitszeit haben; wo die Arbeitszeit schon 54 Stunden wöchentlich oder weniger beträgt, soll eine Verkürzung völlig ausgeschlossen sein. Eine Lohnhöhung soll für jedes der drei Vertragsjahre eintreten, und zwar jedes Jahr um einen Pfennig pro Stunde; doch soll diese „Lohnerhöhung“ nur unter Ausnahmen gewährt werden.

Die Arbeitervertreter machten in der Verhandlung nach Kenntnisnahme des Angebots der Unternehmer den Vorschlag, dieses Angebot als Grundlage für nur zu eröffnende Verhandlungen für die einzelnen Städte zu machen. Die Unternehmer lehnten jedoch diesen Vorschlag entschieden ab und erklärten, daß ihr Angebot ein einheitliches Ganzes darstelle, an dem nichts geändert werden dürfe es könne nur angenommen oder abgelehnt werden. Die Arbeitervertreter lehnten das Ultimatum ab und somit waren die Verhandlungen gescheitert.

Ob es vor Ablauf der Verträge zu neuen Verhandlungen kommt, ist sehr zweifelhaft. Die Verträge laufen schon am 15. Februar ab und würde die kurze Zeit bis dahin für eine ordnungsmäßige und gewissenhafte Durchberatung der Verträge nicht genügen. Die Unternehmer hatten 1907 in Berlin die Parole ausgegeben: Ohne Vertrag keine Arbeit! Wenn sie am 15. Februar mit einer Aussperrung in der Holzindustrie gerechnet werden, die, wenn es nach den Wünschen des Unternehmervverbandes geht, etwa 60000 Arbeiter umfassen würde.

Soziale Rundschau.

Abfindungen für Unfallrenten. Der Bundesrat hat unterm 21. Dezember 1912 eine Bekanntmachung über die Abfindungen von Unfallrenten beschlossen, die jetzt im Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 1 veröffentlicht wird. Danach erfolgt die Berechnung des Abfindungskapitals (an Stelle der laufend zu gewährenden Unfallrente zahlbar) bei Renten der Unfallverletzten in folgender Weise: Wenn die Abfindung im Laufe eines Jahres, vom Unfalltag an gerechnet, erfolgt, so ist das Verfallsjahr der Jahresrente zu zahlen. Erfolgt die Abfindung später, so richtet sich das Abfindungskapital nach dem inzwischen erreichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltage verstrichenen Zeit. Für diese Berechnung und für die Berechnung der Abfindungen der Hinterbliebenen sind eine Anzahl berechnungsmathematischer Tabellen aufgestellt worden.

Mannheim, 19. Jan. Die Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigt den Stadtrat schon seit Jahren. Eine allgemein betriebende Einrichtung wurde aber noch nicht gefunden und es war seinerzeit eine besondere Kommission eingesetzt worden, welche sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigte. Diese Kommission hat jetzt dem Stadtrat einen Vorschlag dahingehend unterbreitet, die bestehenden Spar-einrichtungen aufzuheben und durch eine neue Arbeitslosenversicherung zu ersetzen, wonach sowohl Zuschüsse an Mitglieder von Berufsvereinen mit Arbeitslosenunterstützung (Center System) zu der von dem Berufsverein geleiteten Arbeitslosenunterstützung, als auch Zahlungen an nichtorganisierte Arbeitnehmer und an Mitglieder von Berufsvereinen ohne Arbeitslosenunterstützung zu leisten sind. Der Stadtrat hat sich mit den von der Kommission ausgearbeiteten Bestimmungen einverstanden erklärt und wird für die Einrichtung 25000 M. in der Voranschlag einstellen.

Aus der Partei.

Weingarten, 19. Jan. Ueber „Religion und Sozialdemokratie“ sprach am letzten Samstag Abend Gen. A. Heile-Karlsruhe. In seinem Vortrag führte der Redner das Gesetz der Gegner über die Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie auf seinen wahren Wert zurück. Was wir bekämpfen ist nicht die

e aus polib
Zentrums.
die Gegner
nicht falsch
die Pläne

altung, die
aymann an-
brochen im
künftigbin,
mittelst, die
es Dien-
ndigung, die
rochen wird,
klässig. Das
beiter, wenn
nden, bleibt

ommung, die
genen Diensten
gefördert

Baden.
mehr als 5000
Baden-Baden,
derjenigen
eine Abnahme
Durlach mit
27,5 Proz.,
en, Karlsruhe,
igen Bezirks-
mungen, Wald-
und Offen-
gemeinden mit
e, in 10 eine
Stadt Etten-
leiche wie im
Geborenem-
Bei
loch) war die
im Zeitraum
mit 300 und
ur keine Ge-
8 Gemeinden
nsgesamt um

ngs, wenn die
wödlung ge-
ntnehmern im
on da ab sinkt
im Jahr 1890,
meiste Höchst-
er ein lantz
4. Im Bericht-
28,7 Geborene
der amtlichen
ante. Wenn
1911 nicht
1901 bezüglichen
verhältnis-
abzweigs, der
1901 ein, und
für einen Ver-
e der gerade
1906 begn-
nen, während
ng liegenden
kleinere Ver-
äfte, wovon
genommen ter-

gang der Ge-
ezirten zu be-
re, im Jahr
nt und mehr,
nt mit einer
t ist die Zahl
9 Proz. von 7
im Jahr 1911
enziffer 54,8
89,7 (Gleich-
ertenziffer im

bergeschlagen
den Tag be-
Bekanntschaft
frojtige Auf-
mit dem so
nden, der so
in ihnen noch
gienen. Sie
ein fremdas
ehörtigen der
glid. Um
das Mär-
iner Jugend
nd erst un-

seinen Ver-
terde, aber
An Stelle
ld zu lang-
chts als die
Zu seinen
min Umfer-
wäre. Do
ant Gostett
Verwand-
stolz Garry
den Bettern,
auf ihn der
ner, die sich

Religion, sondern nur deren Auswüchse, wie die Behinderung der Arbeiterklasse in ihrem Vorwärts- und Aufwärtstreben durch die Betätigung des famosen Grundgesetzes „Wer knecht ist soll Knecht bleiben“ seitens des offiziellen Kirchenchristentums. Mit Recht betonte der Redner, daß die Kirchen mit ihrerlei Maß messen, denn während man die Arbeiterklasse durch Gründung christlicher Organisationen auseinanderreißt, weil angeblich die Religion in Gefahr ist, läßt man die christlichen Unternehmer sich ruhig mit Andersgläubigen oder Ungläubigen verbinden zur Niederhaltung der Arbeiterklasse. Da hört man nichts davon, daß die „religiöse Ueberzeugung“ dadurch Schaden erleidet. Unsere Partei tritt für völlige freie Religionsübung, desgleichen aber auch für völlige Trennung von Staat und Kirche ein. Der sozialdemokratischen Partei kann es an sich gleichgültig sein, wessen Glaubens die Menschen sind. Die Ausgeburteten gleich welchen Bekenntnisses sollten nur Schulter an Schulter mit uns kämpfen für die Befreiung des Menschengeistes aus den Fesseln des Kapitalismus.

Landtagskandidaturen. Für Land-Stadt wurde von unserer Partei für die kommenden Landtagswahlen Stadtrat **Wonsch** in Offenbach aufgestellt, für Land-Land-Gewerkschaftsbeamter **Gauer** in Karlsruhe, für Land-Stadt-Stadtrat **Richter** in Land. Im 7. Landtagswahlkreis (Willingen) ist **Genosse Faust** in Hornberg als Kandidat aufgestellt worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Januar.

Präsident Dr. Rämpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesratspräsidenten **Dr. Delbrück**. Auf die Anfrage des **Abg. Kühle** (Soz.) wegen der im Deutschen Reich vorgenommenen Erhebungen über die Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalt und in der Landwirtschaft und den anderen Nebenbetrieben erwidert **Ministerialdirektor Caspar**: Das Material ist aus mehreren größeren Bundesstaaten noch nicht eingegangen. Bevor dem Reichstag Mitteilungen gemacht werden können, muß der Eingang des Materials abgewartet werden.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern

fortgesetzt. **Abg. Graf Berta** (kons.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Zu dem Kapitel 7, Tit. 2 wird die Neuanschaffung einer weiteren Stelle eines Ministerialdirektors gefordert. Diese Stelle ist nötig für die handels- und wirtschaftspolitisch Abteilung des Reichsamts des Innern, die bisher von dem Ministerialsekretär besetzt wurde, dessen Ueberlassung aber die Befreiung des bisherigen Zustandes fordert. Weiter empfiehlt der Berichterstatter eine in der Kommission angenommene Resolution gegen die durch die Valorisation herbeigeführte künstliche Verteuerung des Kaffees.

Abg. Raden (Ztr.): Die Kaffee-Resolution geht von uns aus. Sie hat den Zweck, gegen die Maßnahmen einer internationalen Kapitalistengemeinschaft dieses Volksgetranks vor einer künstlichen Verteuerung zu schützen. Aufgabe unserer Diplomatie soll es sein, sich mit den anderen Nationen zu gemeinsamen Vorgehen in Verbindung zu setzen. Auch sollte erwogen werden, ob nicht die Anpflanzung von Kaffee in unseren Kolonien weiter zu verfolgen ist.

Staatssekretär Delbrück: Auch die verbündeten Regierungen beklagen die durch die Valorisation eingetretene Verteuerung des Kaffees. Ich habe mich in der Kommission über die Frage, die stark auf das internationale Gebiet übergriff, geäußert und verspreche Ihnen, daß ich die Sache weiter im Auge behalten werde.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Es ist schade, daß diese Rede des Vorredners nicht im Jahre 1909 schon gehalten worden ist. Da waren die schönen Redemondungen eher an den Mann zu bringen gewesen. Der Vorredner hat gemeint, es sei geradezu wasserig, den Kaffee so zu verteuern. Bei der Reichsfinanzreform im Jahre 1909 gab es eine Gruppe, welche den Kaffee verteuern wollte und da beteiligte sich das Zentrum selbst daran, den jetzigen wucherischen Preis herbeizuführen. Solche kapitalistischen Preissteigerungen können in keiner Weise gerechtfertigt werden. Aber was hier geschieht, geschieht doch überall bei kapitalistischen Unternehmungen. Die Verkäufer von Brot, Getreide und Fleisch treiben jetzt auch die Preise genau so in die Höhe, wie es hier von den Kaffeebesitzern geschieht. Es ist und daran hat sich das Zentrum mit beteiligt. Es soll sich also nicht allzu sehr entrüsten.

Die Resolution wird darauf angenommen und ebenso eine Reihe weiterer Titel. Beim Kapitel Seefischerei werden 500 000 M., das sind 125 000 M. mehr als im Vorjahre, gefordert. — Eine schon eingegangene Resolution verlangt für die kommenden Jahre eine weitere Erhöhung auf 610 000 M.

Abg. v. Böhlenhoff (deutsch-kons.): Dieses Gewerbe ist so alt wie die Landwirtschaft, und es ist zu verwundern, daß wir in Bezug auf die staatliche Unterstützung der Seefischerei unter allen Nationen an letzter Stelle stehen. Der Bevölkerungszuwachs verlangt energische Maßnahmen zur Förderung des heimischen Fischereigewerbes.

Abg. Krauß (Ztr.): Ich schließe mich den Forderungen des Vorredners durchaus an. Auch die Fischerei an den Küsten unserer Kolonien muß im Interesse einer wichtigen Volksernährung gefördert werden.

Abg. Kasse (Soz.): Weiteres über die Förderung des Fischhandels in den Kolonien wird bei dem Kolonialetat zu besprechen sein. Den Versicherungen und dem Gerode von der Verbilligung der Nahrung für das Volk durch die Fischzufuhr muß man skeptisch gegenüberstehen. Wer hängt uns dafür, daß die Kraxler sich nicht ebenso gegen die Fischzufuhr von den Kolonien wenden, wie sie sich gegen die Fleischzufuhr wenden. Immer noch steht in dem Vertrage mit dem Lloyd die skandalöse Bestimmung, daß bei 3000 Mark Strafe agrarische Produkte auf den subventionierten Schiffen nicht eingeführt werden dürfen. Die Städte haben recht erhebliche Mittel einzustellen müssen, um die Fischzufuhr zu fördern. Bis in die letzte Zeit hat einer der Parteigenossen des Herrn v. Böhlenhoff hier für eine Erhöhung der Fischzölle Stimmung gemacht.

Abg. Strauß (fortsch. Vpt.): Wir halten den Zuschuß noch nicht für ausreichend. Auch wir unterstützen dringend die Forderung, die Seefischerei in den Kolonien zu heben.

Abg. Fahr v. **Richtshofen** (natl.): Wir befürworten die Einführung der drahtlosen Telegraphie im Interesse der Sicherheit der Seefischerei, sowie eine Verbesserung der Transportmittel für Fische nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten.

Nach weiterer Debatte wird das Kapitel Seefischerei bewilligt und die Resolution auf Erhöhung des Fonds im nächsten Etat einstimmig angenommen.

Beim Titel Unterstützung deutscher Seemannsheim im Auslande wird eine nationalliberale Resolution auf Erhöhung dieses Fonds nach längerer Debatte angenommen.

Beim Titel **Maßregeln gegen die Reblaus**

fordern die Nationalliberalen in einer Resolution die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Beschwerden der

Winger über die Ausführung des Reblausgesetzes zwecks Beseitigung der Mischlinge. Eine Resolution der Sozialdemokraten bemagt sich in der gleichen Richtung. Im Lauf der längeren Debatte erklärte

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Eine amtliche Untersuchung ist im Gange. Erst wenn zuverlässiges Material vorliegt, kann über das Bedürfnis einer Kommission entschieden werden. Von einem gänzlichen Piazso unseres Verfahrens zur Bekämpfung der Reblaus kann keine Rede sein. Denn die Fläche Weingarten, die wir vernichten mußten, ist im Vergleich zur Gesamtläche äußerst gering. Die Entschädigungsfrage kann nicht reichsrechtlich geregelt werden.

Die sozialdemokratische Resolution wird abgelehnt, die nationalliberale angenommen.

Weiterberatung morgen Mittwoch, 1 Uhr. Die Beratung beginnt mit der Abstimmung über die Resolution der Konservativen wegen Verbots des Streikpostensehens und andere Resolutionen.

Schluß 6,30 Uhr.

Genossenschaftsbewegung.

Am Genossenschaftsverband bad. landw. Vereinigungen. Die Zeitung des Genossenschaftsverbandes bad. landw. Vereinigungen veröffentlicht in der ersten Nummer ihres Genossenschaftsblattes für das Jahr 1913 folgendes:

Wiederum ist ein Jahr reicher, aber erfolgreicher genossenschaftlicher Arbeit verflohen. Die Zahl der unseren Verbände angehörenden Genossenschaften ist von 829 auf 868 gestiegen und hat 7000 Einzelmitglieder aufzuweisen. So hoch erfreulich die erreichten Erfolge sind, so macht doch ein Ausblick in die Zukunft, daß es im neuen Jahr der Anspannung und Zusammenwirkung aller Kräfte bedarf, um das Erreichte zu vervollkommen und die neuen Aufgaben zu lösen. Immer mächtiger scheidet der wirtschaftliche Zusammenstoß von Industrie und Handel vorwärts, immer heftiger werden die wirtschaftlichen Kämpfe, die Angriffe gegenwärtiger Interessenten und immer ausgeprägter und mannigfaltiger die zu lösenden genossenschaftlichen Aufgaben. Nur ein einmütiges Zusammenhalten, ein zielbewußtes und von gegenseitigem Vertrauen getragenes Zusammenarbeiten zwischen Verband, den einzelnen Genossenschaften und ihren Mitgliedern kann die Gewähr für dauernde Erfolge unserer genossenschaftlichen Bestrebungen bieten.

Recht bedeutungsvolle Aufgaben warten auf ihre Lösung. Es gilt, auf Grund der gemachten Erfahrungen, die Revisionstätigkeit zu erweitern und eine Reihe weiterer Maßnahmen zur inneren Erhaltung unserer großen genossenschaftlichen Gemeinwesen zu treffen. Auch wichtige und zeitgemäße geschäftliche Aufgaben: verstärkte Zentralisation des genossenschaftlichen Bewußtseins der landw. Bedarfsartikel, die den besten Gradmesser für die Verbandsstärke der Einzelgenossenschaften bilden, der genossenschaftliche Absatz landw. Erzeugnisse (Milchverarbeitung der Städte, Durchführung des Butterausgleiches, genossenschaftl. Weiz-, Weins-, Obst-, Getreide-, Eierabzug usw.), Ausgestaltung des Maschinenbezugs, weitgehende Vertiefung der Gemeinden bei Einführung der Elektrizität und anderer mehr, verlangen die besondere Aufmerksamkeit unserer Organisation. Und schließlich fordern auch neben den landwirtschaftlichen die sittlich-geistigen Aufgaben, insbesondere die Ausbildung der Verwaltungsgorgane in genossenschaftlich-rechtlicher und geschäftlicher Beziehung, Kräftigung und Pflege des Genossenschaftsbewußtseins bei den Mitgliedern, Verjüngung derselben mit gutem Beispiel usw. eine zunehmende Berücksichtigung und muß daher bei der weiter in Aussicht stehenden Ausbreitung unserer Genossenschaftswesen auch eine entsprechende Wirksamkeit auf dem Gebiete der ländlichen Wohlfahrtspflege entfaltet werden.

In der zuberückliegenden Erwartung, daß unseren Verbänden ruhegen und zielbewußten Weiterarbeit auf all diesen Gebieten und zum Segen der leiblichen und geistigen Wohlfahrt ihrer Mitglieder der Erfolg nicht fehlen und der äußere und innere Friede zum Segen und Segen unserer heimischen Landwirtschaft erhalten bleiben möge, sei auch in diesem Jahre mit freudigem Herzen der Wunsch dargebracht: Glückwünsche unseren Verbänden und allen ihren Mitgliedern!

Kommunalpolitik.

Bretten. Kommenden Freitag findet eine Bürgerausschussung statt. Als bemerkenswerte Punkte sind hervorzuheben: 1. Dienst- und Gehaltsordnung für die städt. Beamten und Bediensteten. 2. Erweiterung der Volksschule und Neufestlegung des Einkaufsgeldes in das Bürgerrecht und die Erhebung von Beiträgen für den Lokalarmenfond. Die Sitzung beginnt abends 5 Uhr.

h. Große Stiftungen des Ehrenbürgers Dr. Reih der Stadt Mannheim. Der Ehrenbürger der Stadt Mannheim **Dr. Karl Reih**, der bekanntlich schon das große Gelände der fogen. Reih-Insel nach seinem Tode der Stadt vermacht hat, überrascht die Einwohnerschaft durch weitere reiche Stiftungen. **Dr. Reih** und seine Schwester haben an den Stadtrat ein Schreiben gerichtet, nach welchem sie die Bausumme sowohl für ein fogen. Reih-Museum am Friedrichsplatz direkt hinter der Kunsthalle als auch für ein Volksheim (Reih-Haus) am Goetheplatz stifteten. Die Bausummen werden auf zirka 4 bis 5 Millionen veranschlagt. Besonders das fogen. „Volksheim“ dürfte die erste Stiftung dieser Art sein. Ähnlich wie die Volksbühne in Berlin sollen auch hier Vorführungen, nicht nur theatralischer, sondern auch musikalischer und auf sonstigen künstlerischen Gebieten, geboten werden. Zu Ehren der Spender soll die Verlängerung der Augustanlage bis zum Rennplatz „Karl Reih-Allee“ genannt werden. **Frl. Reih** wird zur Ehrenbürgerin der Stadt ernannt. Die Büsten der beiden Stifter sollen im Reih-Museum aufgestellt werden.

Die Arbeitsvergebung städtischer Arbeiten in Land betreffend, reichte die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion folgende Anregung an den Stadtrat ein: „Im Hinblick auf die jedes Jahr wiederkehrende Arbeitslosigkeit und die gerade bei diesen Gelegenheiten besonders augenfällig zutage tretenden Mischlinge, daß eine ganze Anzahl hiesiger steuerzahlender Arbeiter ohne Verdienst ist, während öffentliche Arbeiten, Bauten, Straßenarbeiten u. dergl. durch Arbeiter ausgeführt werden, die oft mehrere Stunden weit von Land entfernt ihren Wohnsitz haben und ihren ganzen Verdienst nach auswärts tragen, halten wir es für angebracht, daß die Stadt erstens bei Arbeiten in eigener Regie auf die eigenen Einwohner besondere Rücksicht nimmt. Wir erinnern an die jährlich zu vergebenden Wald- und Holzfallarbeiten. Ferner mögen auch die Firmen, welche städtische Arbeiten übertragen bekommen, auf bestimmte, streng eingehaltene Bedingungen verpflichtet werden, die auch die auskömmliche Erhaltung der zahlreichen hiesigen Arbeitskräfte berücksichtigen und damit weiter für die hiesigen Wirtschaftskräfte ebenfalls nötig und von Nutzen sind. Demzu-

folge beantragen wir, daß Firmen, die in bezug auf die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und die Behandlung ihrer Arbeiter und Angestellten unbillig handeln, von der Vergütung ausgeschlossen sind. Insbesondere mögen Firmen, welche die auf die Mischheit der in ihrem Gewerbe beschäftigten Arbeiter abgedroschenen Tarifverträge nicht einhalten, ausgeschlossen werden, ebenso Firmen, die der Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten und Arbeiter Schwierigkeiten bereiten. Die Firmen, welche Arbeiten übertragen bekommen, sind ausdrücklich zu verpflichten, in erster Linie in Land ansässige Arbeiter einzustellen, soweit arbeitslos oder brauchbare Arbeiter vorhanden sind.

Eine Gemeindevorstanderversammlung für die Mitgliedschaften des Kreisrats, fand am Sonntag, 12. Jan., nachmittags, in Schiltach statt. Anwesend waren aus Schiltach 11, aus Gutsch 7, aus Wolfach 2 und aus Gutsch 5 Gemeindevorsteher, ferner einige weitere Mitglieder dieser Orte, **Gen. Stadtrat Ring-Mannheim** als Referent, sowie die **Gen. Richter, Laub** und **Röse** vom Kreisvorstand. **Gen. Richter** hieß namens des Kreisvorstandes die Erschienenen herzlich willkommen, worauf **Gen. Ring** in einstündiger Rede die allgemeinen Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher erörterte. Redner betonte es vorzüglich, in prägnanten und klaren Worten all das Wichtige darzustellen, das für unsere Gemeindevorsteher von Wert ist. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Fragestellung über Gemeindefragen seitens der Vertreter, löste eine lebhafteste Debatte aus und bildete durch die Verantwortung durch den Referenten eine reiche Quelle der Belehrung. So wurde über elektrische Anlagen durch die Gemeinden oder Gesellschaften, die Wohnungsfrage, das Almosen, Pergabe von Gelände an Fabriken und vieles andere gesprochen, alles Punkte, die nicht nur die vertretenen Ortschaften, sondern auch die anderen Vertreter in den Gemeinden des Kreises lebhaft interessieren, so daß es zu empfehlen sein wird, wenn der Kreisvorstand in der demnächstigen Kreis Gemeindevorsteherkonferenz über diese Frage ausführlich berichten wird. Vorherrschend **Gen. Richter** sprach zum Schluß der Konferenz seine Freude über den guten Verlauf der Tagung aus, die in sachlicher Weise die einschlägigen Fragen behandelt habe. Die nächste Gemeindevorsteherkonferenz soll in Gutsch i. N. stattfinden. Um 4 Uhr fand die Konferenz ihr Ende.

Die Vermögensrechnung der Stadt Konstanz ergibt nach dem soeben erschienenen Rechnungsbuch für das Jahr 1911 folgendes Resultat: Reinerwerb nach einem Schuldenabzug von 10 304 466.10 M. = 15 987 988.06 M. Danach ist das städtische Vermögen gegenüber dem Vorjahre um 1 320 544.42 Mark gewachsen. Das Vermögen besteht in 11 873 809 M. in Liegenschaften, 9 821 799 M. gewerblichen Unternehmungen, 3 190 076 M. Aktiva.

Nach eine umlagefreie Gemeinde. Eine so glückliche umlagefreie Gemeinde wie Wellendingen im Amt Bombach ist auch Oberwinden im Amt Waldkirch. Trotz einer Reihe von Aufgaben (Schul- und Kathausneubau, Wasserleitung, Beiträge zur Elzalbahn und Brückenbauten usw.), die zusammen in wenigen Jahrzehnten über 100 000 M. Kapital erforderten, wurden seit dem Jahre 1866 ein einziges Mal 10 Pf. Umlage erhoben, während die übrigen Jahre für die Einwohner der Gemeinde nicht nur völlig umlagefrei waren, sondern die losberechtigten Bürger noch jährlich 8 Eier Holz erhalten. Die rund 1000 Einwohner zählende Gemeinde besitzt einen Wald von 2500 badischen Morgen, aus dem diese großen Ausgaben herausgewirtschaftet werden. In ähnlicher glücklicher Lage befinden sich übrigens noch eine Anzahl badischer Gemeinden, vorzugsweise im Schwarzwald, wo die früher mangels guter Anfahrtsgelegenheit nahezu wertlosen Waldungen mittlerweile zu großen Werten angewachsen sind.

Stadtvorstand als Lieferant. Das „Dortmunder Amtsblatt“ teilt mit, daß eine Liste der Dortmunder Stadtvorstandes aufgestellt wurde, die in den letzten fünf Jahren Arbeit und Lieferungen für die Stadt übernommen haben. Das wäre der erste Schritt zur Verringerung; vor drei Jahren hat sich gerade der Oberbürgermeister der von unseren Genossen geforderten Aufstellung einer Lieferantensliste widersetzt. Hoffentlich folgt nun auch bald ein Verbot kommunaler Arbeitslieferung durch Stadtvorstande.

Ein Protest mit gefälschten Unterschriften. Beim Offenburger Bezirksrat war aus Urlossen ein Einspruch gegen die Gemeinderatswahl eingelaufen. Der Protest mußte zurückgewiesen werden, weil Zweifel über die Echtheit der Unterschriften der Eingabe entstanden.

Tagung der Schulärzte. Am 16. Mai 1913 wird die Versammlung der Schulärzte Deutschlands in Breslau stattfinden. Zur Behandlung kommt das Thema: „Aufgaben der Schulärzte bei der hygienischen und sexuellen Belehrung in den Schulen“.

Neues vom Tage.

Im Streit erlösen. Straßburg i. E., 20. Jan. Eine blutige Tragödie hat sich gestern hier bei der 2. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 136 abgespielt. Auf einer Stube wurden Gewehre gereinigt. Der 19-jährige Freiwillige **Werle** aus Dogenau hatte sich dabei vor das Spind eines als jahrgang bekanntem Soldaten gesetzt. Dieser forderte Werle auf, den Platz zu verlassen. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf Werle von seinem Stuhlbretter durch einen Stuhl ins Herz zu Boden gestürzt wurde. Als Mordwaife diente eine Scheere, die der Wöbber beim Gewehrreinigen zum Lösen einer Schraube benutzt hatte.

Ueberfall eines Pfarrhauses. Rosen, 20. Jan. In dem katholischen Pfarrhause zu Hochstet bei Karzin hart an der russischen Grenze erschienen spät abends drei Männer, angeblich um den Profit zu einem Schwerekranken zu holen. Als sich der Profit in ein Nebenzimmer begab, um sich umzukleiden, feuerten die Täter plötzlich mehrere Revolverkugeln auf ihn ab. Ein Schuß verletzete ihn unterhalb des Herzens tödlich. Als der Organist, ein älterer Mann, zu Hilfe herbeieilen wollte, schossen die Verbrecher auch auf ihn, ohne jedoch zu treffen. Der Organist stürzte in die Kirche und läutete Sturm. Auf das Herbeieilen mehrerer Männer stürzten die beiden Verbrecher, die es offenbar auf die Vererbung des Pfarrhauses abgesehen hatten. Sie entliefen unbekannt.

Kohlengas-Vergiftung. Wien, 20. Jan. In einem Neubau hat sich ein schweres Unglück ereignet. Am Sonntag früh fand man in einem Raum acht Männer bewusstlos auf. Es waren Obdachlose, die sich um die zum Trocknen aufgestellten Kohsen gelagert hatten. Durch die eingatmeten Gase waren jene bereits tot, die übrigen wurden in lebensgefährlichem Zustande nach dem Spital gebracht.

Tat eines Wahnsinnigen. Wien, 20. Jan. In Besinnung erschoß ein wahnsinnig gewordener Korporal des 18. Infanterie-Regiments gestern nachmittags drei Kameraden und verwundete drei andere schwer, darunter einen tödlich. Als die Bereitschaft anrückte, gab er abermals Feuer und tötete noch einen Mann. Nach verzweifelter Gegenwehr und teilweiser Zerstörung des Gebäudes wurde der Soldat heute früh tot aufgefunden.

und beide Schiffe eröffneten das Feuer auf den Aweroff, gegen den sie Breitseiten abgaben. Man bemerkte bald eine große Bresche im Hinterteil des Aweroff, dessen Hauptmast stürzte. Währenddessen griff das Panzerschiff Massudieh die griechischen Torpedoboote an, denen es großen Schaden zufügte. Die türkischen Torpedobootszerstörer gingen sodann zum allgemeinen Angriff über und schlugen die Torpedoboote in die Flucht. Die türkischen Panzerschiffe fehrten hierauf nach dem Eingang der Dardanellen zurück. Auf türkischer Seite wurden in dem Seekampf vier Offiziere und 78 Matrosen vom Panzerschiff Barbarossa verwundet. Außerdem fanden vier Offiziere und 27 Soldaten den Tod. Der Sultan hat den Verwundeten seine Grüße übermitteln und ihnen Geschenke überreichen lassen. Alle verfügbaren Werkstätten sind von hier nach den Dardanellen entsandt worden, um die Schäden des Barbarossa auszubessern. Diese sind übrigens nur derart, daß die Einstellung des Schiffes in Docks nicht notwendig wurde.

Konstantinopel, 21. Jan. Nach Konsularberichten aus den Dardanellen ist außer Zweifel, daß alle Schiffe der türkischen Flotte in die Dardanellen zurückgeführt sind.

Die Griechen im Kampf.

Athen, 21. Jan. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Bericht aus Smisthlias vom 20. d. M.: Der allgemeine Angriff wurde heute auf der ganzen Front wieder aufgenommen. Die Artillerie begann den Kampf um 8 Uhr früh und setzte das Feuer bis 6 Uhr nachmittags mit ausgezeichnetem Erfolg fort. Die Artillerie von Bijani schoß nach 11 Uhr mittags nur sehr schwach gegen den rechten Flügel der Griechen. Das Artilleriefeuer im Zentrum wurde nicht erwidert. Darauf folgte der allgemeine Angriff, durch den der Feind von den Höhen bei Bessiani vertrieben wurde. Die Griechen besetzten Lozessi, während sich die Türken in Unordnung auf Bijani zurückzogen. Gleichzeitig rückte der linke Flügel gegen die Höhen von Kanofia vor.

Letzte Nachrichten.

Admiral Hollmann †.

Berlin, 21. Jan. Staatssekretär a. D. und Admiral a la suite des Seesoffizierskorps, Mitglied des Herrenhauses, Reich von Hollmann, geboren am 19. Januar 1842 zu Berlin, ist in vergangener Nacht in seiner Wohnung, Fasanenstraße 71, gestorben. Die Beerdigung findet voraussichtlich am Freitag, 24. Januar, auf dem Georgen-Friedhofe in Berlin statt. Die Zeit ist noch nicht bestimmt.

Landtagswahlen.

Detmold, 21. Jan. Die Landtagswahlen brachten am ersten Tage in drei von sieben Wahlkreisen eine Entscheidung. Es wurden zwei Fortschrittler und ein Sozialdemokrat gewählt. In vier Kreisen sind Stichwahlen zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten erforderlich. Die Majoritätsentscheidung fällt heute.

Spanische Arbeiterbewegung.

Madrid, 21. Jan. Wie vorausgesehen war, haben die Metallfabriken Madrids den Betrieb eingestellt, wodurch 23 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden. Trotz dieser Maßnahme verhalten sich die Arbeiter nach wie vor ruhig. Da keine Aussicht vorhanden ist, die Schwierigkeiten beizulegen, hegt man die Befürchtung, daß sich die Bewegung auch auf die Provinz ausdehnen werde. Besonders befürchtet man, daß sich die Eisenbahnarbeiter der Streikbewegung anschließen könnten.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Kolb; für Lokales, Kommunales und Feuilleton Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Kadel; für die Inserate Karl Biegler; alle in Karlsruhe, Lützenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

22. Januar.
Schutterinsel 1.35 m, gest. 3 cm, Rehl 2.30 m, gest. 3 cm, Maxau 4.14 m, gest. 4 cm, Mannhem 3.71 m, gest. 7 cm.

Vereinsanzeiger.
Durlach. (Deutscher Holzarbeiterverband.) Wie jedes Jahr, so hält auch dieses Jahr unsere Jahreshilfe ihr großes Kostümfest wieder ab, und zwar kommenden Samstag, 25. d. M., im Lokal zum „Darmstädter Hof“. Hierzu sind die Kollegen nebst ihren Familienangehörigen freundlichst eingeladen. NB. Narrenkappen obligatorisch, am Eingang erhältlich.

Briefkasten der Knallerbs.
Mehrere Einsender. Anonymes wird nicht berücksichtigt.
Stupserich. Nicht brauchbar, da kein allgemeines Interesse vorliegt.
Fagselfel Bekanntmachung erscheint.
Sorgen Sie für guten Absatz.
Wöffingen. Leider nicht geeignet.
Wenn Sie etwas humoristisches haben, können Sie es noch bis zum 25. d. M. einpenden.
Rr. 77. Märsch. Nicht brauchbar.
Abnigsbach. Aufruf erscheint. Sorgen Sie für guten Absatz.
Rr. 99. Nicht brauchbar.
Forschheim. Erscheint nicht. Es kommen aber zwei andere Sachen von dort. Sorgen Sie für guten Absatz.
Gengenbach. Angelegenheit „Bureaudienner“ nicht geeignet. Die andere Sache erscheint.

Buchhandlung Volksfreund Lützenstraße 24.
Wir empfehlen:
1. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht. 10 Pfg.
2. Die Greuel des Krieges. 10 Pfg.
3. Krieg dem Kriege. Preis 10 Pfg., Porto 5 Pfg.

Nur Adlerstr. 18 a
Um Platz
Läden.
zu gewinnen für die Frühjahrsware, verkaufe ich: 4818

Herren-Anzüge von 9.50 bis 40.00
Ulster, Paletots von 9.50 bis 36.00
Pelerinen von 6.50 bis 14.00

Nur Adlerstrasse 18 a. E. Hahn.

Verband der Fabrikarbeiter
Zahlstelle Karlsruhe.
Sonntag den 26. Januar, mittags 2 Uhr, im „Saalbau“ in Mühlburg, Bachstraße

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Beratung der eingelaufenen Anträge.
Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen bis Samstag den 25. Januar bei der Ortsverwaltung eingereicht sein.
Die Ortsverwaltung.

Musikverein Harmonie Karlsruhe
Sonntag, den 26. Jänner 1913, nachmittags 4^U

Großes Karnevalkonzert
in der „Walhalla“, Augartenstraße 27/29.
Im 2. Teil u. a.: Das „Eulenspiegelkonzert“. Große humoristische Groteske von G. Rudenberger. Nieder von Zantris.
Eintritt für Mitglieder frei, Nichtmitglieder 50 Pfg. Mitgliedsarten sind vorzuweisen.
Tanz-Unterhaltung.
Der Vorstand.

Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs für Karlsruhe und Umgebung (e. V.).

Die jahungsgemäße **ordentliche Mitglieder-Versammlung** unseres Vereins wird von Mittwoch, den 29. Januar ds. Js. auf Freitag, den 31. Januar ds. Js., abends 8 Uhr, verlegt. Versammlungslokal: Großer Rathssaal.

Tagesordnung:
1. Entgegennahme und Besprechung des Jahresberichts,
2. Abnahme der Jahresrechnung für 1912,
3. Genehmigung des Voranschlags für 1913,
4. Aenderung der Satzungen,
5. Anträge und Wünsche von Mitgliedern (vgl. § 7 Abs. 6 der Satzungen).
Wir laden sämtliche Mitglieder des Vereins zum Besuche freundlichst ein.
Karlsruhe, den 20. Januar 1913. 4806
Der geschäftsführende Vorstand.

Pfannkuch & Co

Mittwoch und Donnerstag eintreffend in schwerster Verpackung

Billige Seefische!

Cabliau
2-3-pfundig 32 Pfg.

Echte holländer

Angel-Schellfische
kleine 25 Pfg. große 1-2-pfundig, Pfd. 40 Pfg.

Stocffische
Pfd. 25 Pfg.

Als Butterersatz empfehlen wir

ESBU-Margarine
das Beste auf dem Markt
Pfund 95 Pfg. 4702

Pfannkuch & Co
in den bekannten Verkaufsstellen
G. m. b. H.

Vor **Schluss** unseres bekannten grossen

Inventur - Verkaufs

inkl. Freitag, den 24. Januar

wollen wir noch einmal auf die ganz **hervorragenden Gelegenheits-Käufe** hinweisen, die wir durch unsere enormen Preis-Ermäßigungen auf **Herren-, Knaben- und Jünglings-Kleidung** bieten.

Spiegel & Wels.

Gesang-Verein Lassallia

Karneval-Saison 1913.

Sonntag, 26. Januar, nachm. 4¹¹ Uhr
beginnend, im grossen Saale des „Kühlen Krug“

Grosse Damen- u. Fremden-Sitzung

unter Mitwirkung nur der besten **Büffenredner** und **Rednerinnen**. Von 4¹¹ Uhr an **KONZERT**.

Aufzug des Elferrats 1/2 5 Uhr.

Nach Schluss der Sitzung:

TANZ.

Wir laden hierzu die verehrlichen Mitglieder, Brudervereine u. Freunde eines gesunden Humors höflichst ein. **Eintritt 30 Pfg. Kein Bieraufschlag. Tanz frei.** Mitglieder haben freien Eintritt.

Närrische Kopfbedeckung, sowie Liederbuch obligatorisch und am Saaleingang erhältlich. 4814

Der Elferrat.



Samstag

morgens 8 Uhr

beginnt meine

Weisse Woche

Eine grosse überaus günstige Kaufgelegenheit für alle weissen Waren.

Während der Weissen Woche werde ich die besten Qualitäten in unübertroffener Auswahl und Preiswürdigkeit zum Verkauf bringen.

Hugo

Landauer

Karlsruhe

Kaiserstrasse.

Lammstrasse.

4808

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen die traurige Mitteilung, das unser Kollege

Philipp Halling

gestorben ist. Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am **Mittwoch, 22. Januar**, nachm. halb 5 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht. 4812

Die Organisationsleitung.



9 Herrenstrasse 11.

Im Programm für Mittwoch den 22., Donnerstag den 23., Freitag den 24. Januar 1913, zum ersten Male

„Das Schreckgespenst“.

Ausehenerregendes Drama in 5 Abteilungen inszeniert, nach den Einzelheiten eines französischen Sensations-Prozesses. 4822

Kalfes Blut!

hochspannendes amerikanisches Kriminal-Drama, mit ganz neuen Motiven.

„Ginette als Trösterin“.

Ausgezeichnete humoristische Komödie.

Und noch 4 glänzende Attraktionen.

Es haben nur Personen über 16 Jahre alt Zutritt.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Am **Mittwoch, den 22. Januar**, abends 1/2 9 Uhr, findet in der **Gewerkschaftszentrale**, Kaiserstrasse 18, unsere

Quartals-Versammlung

Tagungs-Ordnung: 4792

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1912/13.
 2. Vortrag von Genosse Anton Geiß aus Mannheim über: „Baden und seine Verfassung“.
- Parteilosen! Wir ersuchen euch, für den Versammlungsbesuch zu agitieren und recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Städt. Fleischverkauf.

Am **Donnerstag vormittag von 8^{1/2} Uhr** ab findet auf dem **Marktplatz beim Brunnen** der Verkauf des von der Stadtverwaltung bezogenen australischen prima **Hammelfleisches** zu folgenden Preisen statt:

- Brust 65 Pfg. pro Pfund.
- Sals 70
- Schlegel, Buz und Rücken 75

Karlsruhe, den 21. Januar 1913. 4818
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.

Donnerstag, den 23. Januar, gleich nach Feierabend findet in der **Gewerkschaftszentrale**, Kaiserstrasse 18, eine

öffentl. Versammlung

aller im Dienste der Stadtgemeinde stehenden Arbeiter statt.

Tagungsordnung:

Welches Interesse hat der städt. Arbeiter an der Invaliden und Altersversicherung.

Referent: Herr Arbeitersekretär Hipp.

Kollegen! Städtische Arbeiter! Erscheint in Massen in dieser Versammlung. Ein jeder städtischer Arbeiter muß über diese wichtige Sache aufgeklärt sein. Die Versammlung ist deshalb so früh einberufen, damit auch die auswärtigen Wohnenden daran teilnehmen können. 4820

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund

Voranzeige!

Beginn der »Weissen Woche«

Samstag, den 25. Januar

veranstaltet von **Mitgliedern** des

„Rabatt-Spar-Vereins“

Die Bekanntgabe der beteiligten Firmen folgt.

4828

Kühler Krug



P. Jakob & Frau

seitherige Geschäftsführer des „Wagnerbräu“ München

Eigene Schlachtereier u. Wurstlereier

Täglich:

Münchener Knackwürste, Stockwürste, Leberkäs etc.

Donnerstags Schlachttag

Samstags Wollwürste (G'schwollne) :-:

Jeden Sonntag vormittag:

Münchener Weisswürste.

Badische 1 Mk. Geld-Lotterie

Ziehung sicher 15. Febr. Geldgew. bar ohne Abz.

45 800 Mk.

Hauptgewinn

20 000 Mk.

127 Geldgewinne zus.

13 000 Mk.

3160 Geldgewinne zus.

12 800 Mk.

Lose à 1 Mk. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 25 Pf.

empfehlen Lotter.-Untern.

J. Stürmer

Strassburg i. E. Langstrasse 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstrasse 11/15, Woerner & Wehrle, Gebr. Gühringer, Kaiserstr. 60, E. Plöge, J. Daringer, und alle Losverkaufsstellen. 4691

Wilh. Eckert,

Uhrmacher, Marienstr. 20, neb. dem Apollo-Theater

empfehlen sein Lager in Taschen- u. Wanduhren.

Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. 12-27. Brillen u. Zwicker.

Maskenkostüm Solländerin ist billig zu verkaufen oder zu verleihen. Sophienstraße 185.

Pfannkuch & Co

Früchte-Conserven:

Mirabellen

Kirschen

Birnen

Preißelbeeren

2 Pfd.-Dose **80** Pf.

1 Pfd.-Dose **45** Pf.

Melange

Erdbeeren

2 Pfd.-Dose **1** Mk.

1 Pfd.-Dose **65** Pf.

Alles andere laut Spezialliste.

Auf unsere Listenpreise **10% Rabatt 10%**

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

4683

Voranzeige.

Die diesjährige

Weisse Woche

beginnt Samstag, den 25. Januar und bietet aussergewöhnliche Vorteile.

W. Boländer

Kaiserstr. 121.

Bekanntmachung.

Zur Besetzung der Stelle eines Mitglieds des Stiftungsrats der Adolf Johanna Viesfeld-Stiftung, welche durch das Ableben des Herrn Stadtverordneten Kaufmann Leopold Ettlinger zur Erledigung gekommen ist, hat eine Ersatzwahl stattzufinden. (Amtsdauer des Gewählten bis Ende Dezember 1916). Hierzu wird Tagfahrt auf Freitag, den 24. Januar ds. Js., nachmittags von 5-5 1/2 Uhr in den großen Rathhauseaal anberaumt.

Sämtliche Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit eingeladen. Der zu Wählende ist der Zahl der in nachstehender Liste enthaltenen Persönlichkeiten zu entnehmen.

Die Liste wurde in Übereinstimmung mit dem Stiftungsrat aufgestellt und durch Großherzogliches Bezirksamt geprüft.

Die Vorgesetzten sind:

1. Heinrich Herrmann, Privatier dahier
2. Dr. Heinrich Saas, Rechtsanwalt dahier.
4. Leopold Neumann, Kaufmann dahier.

Karlsruhe, den 18. Januar 1913.

Der Stadtrat:

Dr. Horstmann. Reubed.

Bekanntmachung.

Nach abgelaufener Amtszeit von drei Mitgliedern des Stiftungsrats der A. Schrempf'schen Arbeiter-Stiftung, nämlich der Herren

1. Karl Schrempf sen., Brauereidirektor,
2. Karl Marstahler, Rentner und
3. Karl Weined, Obermäger

hat eine Erneuerungswahl auf 6 Jahre stattzufinden. Hierzu wird Tagfahrt auf

Freitag, den 24. Januar ds. Js., nachmitt. von 5-5 1/2 Uhr, in den großen Rathhauseaal anberaumt.

Sämtliche Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit eingeladen. Die zu Wählenden sind der Zahl der in nachstehender Liste enthaltenen Persönlichkeiten zu entnehmen. Die Liste wurde in Übereinstimmung mit dem Stiftungsrat aufgestellt und durch Großherzogliches Bezirksamt geprüft.

Die Vorgesetzten sind:

1. Schrempf, Karl sen., Brauereidirektor,
2. Marstahler, Karl, Rentner,
3. Weined, Karl, Obermäger,
4. Mees Adolf, Stadtrat,
5. Vlos, Friedrich, Stadtrat,
6. Walder, Hermann, Architekt,
7. Kern, Friedrich, Kaufmann,
8. Layh, Karl, Rentner,
9. Heit, Karl, Bierführer.

Karlsruhe, den 20. Januar 1913.

Der Stadtrat:

Dr. Horstmann. Reubed.

Ich habe mich hier als

Rechtsanwalt

Kaiserstraße 181 - Telephon 2792

niedergelassen. 4758

Dr. Alfred Kahn.

Sportwagen, stark, gut erhalten, billig zu verkaufen. Kriegerstraße 171, 2. Stod.

Kinderwagen, gut erhalten, zu verkaufen. Luisenstraße 2 b, 1. St. D.

Eier! Butter! Eier!

Von täglich neu eintreffenden Sendungen empfiehlt:

Rocheier . . . das Stück zu 6, 7 und 8 Pfg.

See- und Trinkeier das Stück zu 9 und 10 Pfg.

die Eiergroßhandlung

Christians Emmel

Filiale Waldstraße 66 Ecke Söfenstraße. 4810

Luiseustraße 44. Telephon 1596.

NB. Von 25 Stück an frei nach allen Stadtteilen.

Schillerstraße 22

Ecke Goethestr.

Metropol-Theater

Bis inkl. Freitag, den 24. Januar:

Schlager-Programm

Aus dem reichhaltigen Programm sind besonders hervorzuheben

Das Weib ohne Herz

Roman in 2 Kapiteln von Franz Hofer, und der sensationelle Weltschlager

Festungsplan.

Spannendes Spionagedrama in 2 Akten.

Werktags ermässigte Preise. 4811

Loge 80 S., 1. Platz 60 S., 2. Platz 40 S., 3. Platz 20 S.

Haltstelle der Strassenbahnlinie Kühler Krug.



Karl Hummel

Stahlwarenhandlung

Rasiermesserschleifen

Karlsruhe I. B. Worderstr. 13.

Die weltberühmten Fabrikate der Firma

B. Kissner, Scherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen)

sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der Verkauf zu Fabrikpreisen. 170

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 9. bis 16. Januar: Willi Philipp, W. Philipp Müller, Techniker; Bruno, W. Michael Schmitt, Schreiner; Theresia Regina, W. Guirix Schneider, Fabrikarbeiter.

Sterbefälle vom 12. bis 13. Januar: Erwin, W. Karl Weigel, Fabrikarbeiter, 3 Monate alt; Joseph Müller, Lithograph, Ehemann, 62 Jahre alt.

Wegen vorgerückter Saison gebe ich auf sämtliche 4447

Herrenkleider-Restehen

Winter-Restehen

Paletots-Restehen

Kostüm-Restehen

15% Rabatt.

Günstige Gelegenheit für Konfirmanden und Kommunikanten/Sehr lohnend f. Wiederverkäufer

Arthur Baer

Kaiserstraße 133, 1. Treppen hoch Eingang Streusitz bei der 11. Kirche

Aufforderung.

Die Zahlungspflichtigen werden hiermit aufgefordert, das Schulgeld für die

Bürger- u. Mädchenschule

für das 4. Quartal 1912/13 (23. Januar bis 23. April 1913) sowie für die

Knabenarbeitschule

für das 2. Halbjahr 1912/13 (23. Oktober 1912 bis 23. April 1913) bis längstens 1. Februar 1913 unter Vorlage der zugestellten Forderungsettel anher zu entrichten. 4811

Karlsruhe, 21. Januar 1913

Städt. Volksschulenkasse.

Kaufe

fortwährend und zahlte hohe Preise für ganze Haushaltungen sowie einzelne Möbel aller Art. Bitte um Nachricht. 4689

D. Gutmann.

Rudolfstraße 12.

Pfannkuch & Co

empfehlen als

billigste Gemüse

Conserven:

Schnittbohnen

2 Pfd.-Dose **35** und **40** Pfg.

4 Pfd.-Dose **75** Pfg.

Breihbohnen

2 Pfd.-Dose **38** Pfg.

Erbsen

2 Pfd.-Dose **42** Pfg.

Alles andere laut Spezialliste.

Auf unsere Listenpreise **10% Rabatt 10%**

4684

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

4683